

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

gemäß Art. 28 DSGVO

Zwischen

Westdeutscher Rundfunk
Appellhofplatz 1, 50600 Köln

- nachstehend **Auftraggeber** genannt -

und dem/der

- nachstehend **Auftragsverarbeiter** genannt -

wird folgende Auftragsverarbeitungsvereinbarung geschlossen.

§ 1 Gegenstand und Dauer der Verarbeitung

(1) Gegenstand:

Gegenstand des Auftrags ist die Durchführung folgender Aufgaben durch den Auftragsverarbeiter:

(2) Dauer:

- ☐ Die Dauer dieses Auftrags (Laufzeit) entspricht der Laufzeit des Hauptvertrags.
- ☐ Der Auftrag wird zur einmaligen Ausführung erteilt.
- ☐ Die Dauer dieses Auftrags (Laufzeit) ist befristet bis zum

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Art und Zweck der Verarbeitung

a) Art der vorgesehenen Verarbeitung von personenbezogenen Daten:

- ☐ Erhebung
- ☐ Erfassung
- ☐ Organisation und Ordnung
- ☐ Speicherung
- ☐ Veränderung
- ☐ Auslesen
- ☐ Verwendung
- ☐ Offenlegung durch Übermittlung
- ☐ Verbreitung oder andere Form der Bereitstellung
- ☐ Abgleich oder Verknüpfung
- ☐ Einschränkung
- ☐ Löschung oder Vernichtung

b) Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von personenbezogenen Daten:

Nähere Beschreibung des Auftragsgegenstandes im Hinblick auf den Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragsverarbeiter:

(2) Art der personenbezogenen Daten:

Gegenstand der Verarbeitung personenbezogener Daten sind folgende Datenarten/-kategorien (Aufzählung/Beschreibung der Datenkategorien):

- ☐ Personaldaten/Stammdaten
- ☐ Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, E-Mail)
- ☐ Log-Dateien
- ☐ personenbezogene Planungs- und Steuerungsdaten
- ☐ personenbezogene Vertragsdaten
- ☐ personenbezogene Abrechnungs- und Zahlungsdaten
- ☐ Auskunftsangaben (von Dritten, z.B. Auskunfteien, oder aus öffentlichen Verzeichnissen)
- ☐ Besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DSGVO, z. B. Gesundheitsdaten, Religion, Gewerkschaftszugehörigkeit)
- ☐ sonstige:

(3) Betroffene Personen:

Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen umfassen:

- ☐ Zuschauer/Zuhörer
- ☐ Nutzer Online-Angebote
- ☐ Beschäftigte
- ☐ Geschäftspartner
- ☐ Ansprechpartner z.B. bei Lieferanten, Dienstleistern, Geschäftspartnern
- ☐ Beitragszahler/potentielle Beitragszahler
- ☐ Besucher
- ☐ sonstige:

(4) Ort der Datenverarbeitung

☐ Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung findet **ausschließlich** in einem Mitgliedsstaat der **Europäischen Union** oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt.

☐ Der Auftraggeber übermittelt die Daten an den Auftragsverarbeiter zur **Verarbeitung in einem Drittland durch den Auftragsverarbeiter** selbst. Konkret findet die Verarbeitung statt in:

Die Einhaltung der Vorgaben aus Kapitel 5 DSGVO wird sichergestellt durch:

- ☐ einen Angemessenheitsbeschluss der Kommission (Art. 45 Abs. 3 DSGVO); s. Länderliste als Anlage zum Ankreuzen
- ☐ die Zertifizierung des Auftragnehmers unter dem Data Protection Framework (Art. 45 Abs. 3 DSGVO)
- ☐ folgende sonstige geeignete Garantien (Art. 46 Abs. 2, Abs. 3 DS-GVO):

☐ Der Auftragsverarbeiter übermittelt die personenbezogenen Daten des Auftraggebers an seine(n) **Unterauftragsverarbeiter** zur **Verarbeitung durch diese(n) im Drittland**. Der Auftraggeber gestattet dem Auftragsverarbeiter die Übermittlung seiner personenbezogenen Daten an dessen Unterauftragsverarbeiter zur Verarbeitung im Drittland, vorbehaltlich der Einhaltung der Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO und nach Maßgabe des § 9 dieser Vereinbarung. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Auftraggeber die Nachweise über die Einhaltung der Vorgaben des Kapitel 5

DSGVO hinsichtlich der durch ihn beauftragten Unterverarbeiter auf Verlangen zur Verfügung.

§ 3 Verantwortlichkeit

- (1) Die Auftragsverarbeitung richtet sich nach Artikel 28 DS-GVO. Der Auftraggeber ist als Verantwortlicher für die Einhaltung der anzuwendenden Datenschutzvorschriften im Hinblick auf die Verarbeitung seiner Daten verantwortlich. Er hat insbesondere zu prüfen, ob die Datenverarbeitung zulässig ist.
- (2) Macht eine betroffene Person datenschutzrechtliche Ansprüche (z.B. auf Auskunft, die sich auf die für den Auftraggeber verarbeiteten Daten beziehen, geltend, so unterstützt der Auftragsverarbeiter den Auftraggeber bei der Erfüllung dieser Pflichten. Der Auftragsverarbeiter trifft für diese Unterstützung technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik. Welche Tätigkeiten der Auftragsverarbeiter im Rahmen der Unterstützung auszuführen hat, bestimmt sich im jeweiligen Einzelfall.
- (3) Der Auftraggeber hat als Verantwortlicher die Pflichten aus Art. 32 – 36 DSGVO zu erfüllen. Der Auftragsverarbeiter unterstützt ihn bei der Erfüllung dieser Pflichten, und zwar auch gegenüber den Aufsichtsbehörden. Der Auftragsverarbeiter trifft auch für diese Unterstützung die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen nach dem Stand der Technik.

§ 4 Weisungsbefugnis

- (1) Der Auftragsverarbeiter darf die Daten nur im Rahmen dieses Auftrags und nach den Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Eine Verarbeitung für andere Zwecke – worunter insbesondere eigene Zwecke des Auftragsverarbeiters fallen – ist nicht zulässig.
- (2) Der Auftraggeber entscheidet allein und ausschließlich über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung der personenbezogenen Daten.
- (3) Weisungen können generell oder im Einzelfall erteilt werden. Sie sind schriftlich zu erteilen, was auch in elektronischer Form erfolgen kann. Für mündlich erteilte Weisungen ist unverzüglich die Schriftform nachzuholen.
- (4) Der Auftragsverarbeiter hat den Auftraggeber zu unterrichten, wenn eine Weisung nicht unverzüglich durchgeführt werden kann.

§ 5 Technisch-organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit

- (1) Der Auftragsverarbeiter ist verpflichtet, die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung zu beachten und ihre Einhaltung zu überwachen. Er versichert, dass er die Regelungen der Art. 25 und Art. 32 DSGVO einhält, beachtet und dokumentiert. Wesentliche Änderungen sind dem Auftraggeber mitzuteilen. Die verwendeten Daten werden von sonstigen Datenbeständen getrennt.

- (2) Der Auftragsverarbeiter hat die Sicherheit gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO herzustellen und ein entsprechendes Sicherheitskonzept inklusive einer Auflistung der umgesetzten technisch-organisatorischen Maßnahmen vorzulegen. Die darin beschriebenen technisch-organisatorischen Maßnahmen werden Bestandteil dieser Vereinbarung. Die zu treffenden Maßnahmen dienen der Datensicherheit und der Gewährleistung eines dem Risiko angemessenen Schutzniveaus hinsichtlich der Vertraulichkeit, der Integrität, der Verfügbarkeit sowie der Belastbarkeit der Systeme. Dabei sind der Stand der Technik, die Implementierungskosten und die Art, der Umfang und die Zwecke der Verarbeitung sowie die unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen im Sinne von Art. 32 Abs. 1 DSGVO zu berücksichtigen. Zur Definition eines dem Risiko angemessenen Schutzniveaus hat der Auftraggeber vorab eine Schutzbedarfsermittlung mit folgenden Ergebnissen durchgeführt, die durch den Auftragsverarbeiter bei der Umsetzung der technisch-organisatorischen Maßnahmen berücksichtigt wird

Vertraulichkeit:	<input type="checkbox"/> Normal	<input type="checkbox"/> Hoch	<input type="checkbox"/> Sehr Hoch
Integrität:	<input type="checkbox"/> Normal	<input type="checkbox"/> Hoch	<input type="checkbox"/> Sehr Hoch
Verfügbarkeit:	<input type="checkbox"/> Normal	<input type="checkbox"/> Hoch	<input type="checkbox"/> Sehr Hoch

- ☐ Der Auftragsverarbeiter hat sich hierzu wie folgt zertifizieren lassen (Nennung der Zertifikate mit Nennung und Gültigkeitsdauer und des Scope der Zertifizierung):

- ☐ Die Datenverarbeitung durch den Auftragsverarbeiter findet ausschließlich auf dem Gelände und in den Räumen des Auftraggebers statt. Der Auftragsverarbeiter hat Zugang zu personenbezogenen Daten allein durch den für die Auftragsdurchführung/Leistungserbringung notwendigen Zugriff auf Systeme auf dem Gelände und in den Räumen des Auftraggebers. In diesem Fall gewährleistet der Auftraggeber die Sicherheit im Hinblick auf seine IT-Systeme gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO.
- ☐ Für den Fall, dass der Auftragsverarbeiter mittels eines Fernzugriffs (z.B. Fernwartung/Remotezugriff) auf die Systeme des Auftraggebers zugreift, gewährleistet er die Sicherheit gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO für seinen Verantwortungsbereich, insbesondere die Datenverarbeitung und IT-Sicherheit am Ort des Fernzugriffs (Einzelheiten siehe Anlage / Sicherheitskonzept gem. Abs. (2)).

- (3) Die technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt und der Weiterentwicklung. Insoweit ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind mit dem Auftraggeber abzustimmen und zu dokumentieren.

- (4) Der Auftragsverarbeiter wird die von ihm getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen regelmäßig sowie anlassbezogen auf ihre Wirksamkeit kontrollieren. Für den Fall, dass es Optimierungs- und/oder Änderungsbedarf gibt, wird der Auftragsverarbeiter den Auftraggeber in Kenntnis setzen.

§ 6 Berichtigung, Beauskunftung, Einschränkung und Löschung von Daten

- (1) Der Auftragsverarbeiter darf die Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nicht eigenmächtig, sondern nur nach dokumentierter Weisung des Auftraggebers berichtigen, löschen, beauskunften oder deren Verarbeitung einschränken. Soweit eine betroffene Person sich diesbezüglich unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Auftraggeber weiterleiten.
- (2) Wird festgestellt, dass Daten unrichtig sind, hat der Auftragsverarbeiter den Auftraggeber hierüber zu informieren und nach dessen Weisung unverzüglich zu berichtigen.

§ 7 Vertraulichkeit

- (1) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen und Daten sowie die Arbeitsergebnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere Unbefugten nicht zugänglich zu machen und dem Auftraggeber hierzu jederzeit Auskunft zu geben.
- (2) Der Auftragsverarbeiter gewährleistet die Einhaltung der Vertraulichkeit. Er sichert zu, alle für ihn im Rahmen der Ausführung dieses Auftrags tätigen Personen auf die Vertraulichkeit zu verpflichten. Soweit Personen einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht in Bezug auf diese Tätigkeit unterliegen und deshalb eine Verpflichtung auf Vertraulichkeit nicht erfolgen soll, ist der Verzicht auf die Vereinbarung auf die Vertraulichkeit nur zulässig, wenn diese gesetzliche Verschwiegenheitspflicht einen angemessenen Schutz bietet.
- (3) Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Vertrages fort.

§ 8 Sonstige Pflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Der Auftragsverarbeiter hat zusätzlich zu der Einhaltung der Regelungen dieses Auftrags gesetzliche Pflichten gemäß Artt. 28 bis 33 DSGVO; insofern gewährleistet er insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:
 - a) Der Auftragsverarbeiter unterstützt den Auftraggeber bei der Führung seines Verarbeitungsverzeichnisses nach Art. 30 Abs. 1 DSGVO.
 - b) Der Auftragsverarbeiter informiert den Auftraggeber unverzüglich über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragsverarbeiter ermittelt.

- c) Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragsverarbeiter ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragsverarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen.
- d) Der Auftragsverarbeiter unterstützt den Auftraggeber im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, die im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung steht, bei der Erfüllung seiner diesbezüglichen Pflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde sowie der Pflicht zur Dokumentation.

(2) Der Auftragsverarbeiter gewährleistet die Umsetzung weiterer gesetzlicher Pflichten:

- ☐ Schriftliche Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, der seine Tätigkeit gemäß Art. 38 und 39 DS-GVO ausübt. Als Datenschutzbeauftragte(r) ist beim Auftragsverarbeiter

bestellt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

- ☐ Der Auftragsverarbeiter ist nicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten verpflichtet. Als Ansprechpartner für Fragen zu Datenschutz und Informationssicherheit im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird beim Auftragsverarbeiter benannt:

- ☐ Sofern der Auftragsverarbeiter seinen Sitz außerhalb der Union hat, benennt er folgenden, Vertreter nach Art. 27 Abs. 1 DSGVO in der Union:

§ 9 Unterauftragsverhältnisse

(1) Eine Unterbeauftragung durch den Auftragsverarbeiter

- ☐ ist nicht zulässig

oder

- ☐ ist zulässig nur nach vorheriger, ausdrücklicher (Abs. 2 a)) oder allgemeiner (Abs. 2 b)), schriftlicher bzw. dokumentierter Genehmigung des Auftraggebers. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten des Auftraggebers an den Unterauftragnehmer und dessen erstmaliges Tätigwerden sind erst mit Vorliegen aller nachfolgenden Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung gem. Abs. (2) und Abs. (3) gestattet.

- (2) Sofern die Unterbeauftragung durch den Auftragsverarbeiter nach Abs. (1) zulässig ist, wird die Genehmigung wie folgt erteilt:

- a) ☐ Mit Abschluss dieser Vereinbarung stimmt der Auftraggeber der Beauftragung der nachfolgenden Unterauftragnehmer ausdrücklich zu:

Firma und Anschrift Unterauftragnehmer	Ort der Datenverarbeitung	Leistung

- b) ☐ Beabsichtigt der Auftragsverarbeiter eine Auslagerung auf einen bei Abschluss dieser Vereinbarung noch nicht genehmigten Unterauftragnehmer oder den Wechsel eines genehmigten, bestehenden Unterauftragnehmers, wird die allgemeine schriftliche Genehmigung hierfür erteilt, soweit:

- der Auftragsverarbeiter eine solche Auslagerung auf den Unterauftragnehmer dem Auftraggeber eine angemessene Zeit vorab schriftlich oder in Textform anzeigt und
- der Auftraggeber nicht bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Daten gegenüber dem Auftragsverarbeiter schriftlich oder in Textform Einspruch gegen die geplante Auslagerung erhebt

Die Genehmigung nach Abs. (2) setzt weiter voraus, dass der Auftragsverarbeiter mit dem jeweiligen Unterauftragnehmer eine vertragliche Vereinbarung nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 2-4 DSGVO getroffen hat, welche auch die zwischen Auftraggeber und Auftragsverarbeiter getroffenen Regelungen hinreichend berücksichtigt, insbesondere das vereinbarte Schutzniveau im Hinblick auf die vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen nicht unterschreitet.

- (3) Beinhaltet eine nach Abs. (2) genehmigte Beauftragung eines Unterauftragsverarbeiters auch die Übermittlung personenbezogener Daten des Auftraggebers in ein Drittland, muss in der Vereinbarung zwischen Auftragsverarbeiter und Unterauftragnehmer, analog zu § 2 Abs. 4 dieser Vereinbarung, dokumentiert werden, wie die Einhaltung der Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO sichergestellt wird.

- (4) Eine weitere Auslagerung durch den Unterauftragnehmer

☐ ist nicht gestattet;

☐ bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Hauptauftraggebers (mind. Textform);

Sämtliche vertraglichen Regelungen in der Vertragskette sind auch dem weiteren Unterauftragnehmer aufzuerlegen.

- (5) Der Auftragsverarbeiter wird auf Verlangen dem Auftraggeber Kopien der Unteraufträge zur Verfügung stellen und alle erforderlichen Auskünfte erteilen.

§ 10 Kontrollrechte des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Er hat das Recht, sich durch Stichprobenkontrollen, die in der Regel rechtzeitig anzumelden sind, von der Einhaltung dieser Vereinbarung durch den Auftragsverarbeiter in dessen Geschäftsbetrieb ohne zusätzliche Vergütung zu überzeugen.
- (2) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO überzeugen kann. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen. Es wird Bezug genommen auf § 5 dieses Vertrages.
- (3) Der Nachweis solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann erfolgen durch:
 - Die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Art. 40 DSGVO;
 - die Zertifizierung nach einem genehmigten Zertifizierungsverfahren gemäß Art. 42 DSGVO;
 - aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragter, IT-Sicherheitsabteilung, Datenschutzauditoren, Qualitätsauditoren);
 - eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz).

Die Nachweise der ergriffenen Maßnahmen stellt der Auftragsverarbeiter dem Auftraggeber zur Verfügung.

- (4) Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich auch der Kontrolle durch die für den Auftraggeber zuständige Aufsichtsbehörde, soweit Daten des Auftraggebers betroffen sind.

§ 11 Haftung

- (1) Der Auftragsverarbeiter haftet für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach Art. 82 Abs. 2 EU-DS-GVO. Machen betroffene Personen Ansprüche gegenüber dem Verantwortlichen wegen unzulässiger oder unrichtiger Datenverarbeitung geltend, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen zu unterstützen und im Innenverhältnis zu beweisen, dass die fehlerhafte Datenverarbeitung nicht in seinem eigenen Verantwortungsbereich liegt.

- (2) Weitergehende Haftungsansprüche nach den allgemeinen Gesetzen bleiben unberührt.
- (3) Der Auftragsverarbeiter haftet für Verschulden eines weiteren Auftragsverarbeiters bzw. Subunternehmers wie für eigenes Verschulden.

§ 12 Informationspflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Der Auftragsverarbeiter wird den Auftraggeber darauf hinweisen, wenn er der Ansicht ist, dass eine Weisung des Auftraggebers gegen Datenschutzvorschriften verstößt. Diese Hinweispflicht beinhaltet keine umfassende rechtliche Prüfung. Bis zur Bestätigung der Weisung durch den Auftraggeber ist der Auftragsverarbeiter nicht verpflichtet, die Weisung auszuführen.
- (2) Bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufs oder bei Verdacht auf Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) oder wesentlichen Unregelmäßigkeiten bei der Datenverarbeitung unterrichtet der Auftragsverarbeiter gemäß Art. 33 II DSGVO unverzüglich den Auftraggeber. Dasselbe gilt, wenn sich eine Aufsichtsbehörde oder Strafverfolgungsorgane bei dem Auftragsverarbeiter melden.
- (3) Sollen die Daten des Auftraggebers beim Auftragsverarbeiter durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden oder droht eine wesentliche Änderung der Eigentumsverhältnisse beim Auftragsverarbeiter, so hat der Auftragsverarbeiter den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragsverarbeiter wird alle in diesem Zusammenhang involvierten Personen unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit der Daten beim Auftraggeber liegt.

§ 13 Zurückbehaltungsrecht

Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts an Daten und Unterlagen des Auftraggebers ist während der Vertragsdauer und danach (gleichgültig aus welchem Grund das Auftragsverhältnis endet) ausgeschlossen.

§ 14 Löschung und Rückgabe von personenbezogenen Daten des Auftraggebers

- (1) Kopien oder Duplikate der Daten werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung erforderlich sind, sowie Daten, die im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich sind.
- (2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Arbeiten oder früher nach Aufforderung durch den Auftraggeber – spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung – hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung datenschutzgerecht zu löschen. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Das Protokoll der Löschung ist auf Anforderung vorzulegen.

Im Falle einer Löschung durch physische Vernichtung muss diese gemäß der DIN 66399 gewährleistet sein, ein Transport in verschlossenen Behältern vorgenommen werden und die erfolgreiche Vernichtung unter Angabe der Schutzklasse und Sicherheitsstufe protokolliert und dokumentiert sein.

- (3) Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragsverarbeiter entsprechend den jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Auftraggeber übergeben.

§ 15 Kündigung

- (1) Falls der Auftragsverarbeiter seinen Pflichten gemäß dieser Vereinbarung nicht nachkommt, kann der Verantwortliche – unbeschadet der Bestimmungen der DSGVO den Auftragsverarbeiter anweisen, die Verarbeitung personenbezogener Daten auszusetzen, bis er diese Vereinbarung einhält oder der Hauptvertrag beendet ist.
- (2) Der Verantwortliche ist berechtigt, den Hauptvertrag jederzeit, ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, soweit er die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß dieser Vereinbarung betrifft, wenn
 - a) der Verantwortliche die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragsverarbeiter gemäß Abs. (1) ausgesetzt hat und die Einhaltung dieser Vereinbarung nicht innerhalb einer angemessenen Frist, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach der Aussetzung, wiederhergestellt wurde
 - b) der Auftragsverarbeiter in erheblichem Umfang oder fortdauernd gegen diese Vereinbarung verstößt oder seine Verpflichtungen gemäß der DSGVO nicht erfüllt. Ein solcher schwerwiegender Verstoß liegt auch vor, wenn der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter den Zutritt des Auftraggebers oder der Aufsichtsbehörde vertragswidrig verweigert;

§ 16 Sonstiges

- (1) Soweit sich aus anderen Vereinbarungen zwischen Auftraggeber und Auftragsverarbeiter anderweitige Abreden zum Schutz personenbezogener Daten ergeben, soll diese Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung vorrangig gelten, es sei denn die Parteien vereinbaren ausdrücklich etwas anderes.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und aller seiner Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherung des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieses Vertrages handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Formerfordernis.
- (3) Die Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen. Die Parteien werden unwirksame Bestimmungen durch wirtschaftlich ihnen nahekommende neue Bestimmungen ersetzen.

Ort

Datum

Ort

Datum

(Auftraggeber)

(Auftragsverarbeiter)

Anlage zu § 2 (4) der AVV - Länderliste für die ein Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission (Art. 46 Abs. 5 S. 2 DS-GVO) vorliegt

Bitte hier ankreuzen, sofern eine Datenverarbeitung durch den Auftragsverarbeiter in einem dieser Drittländer erfolgt:

- ☐ Andorra
- ☐ Argentinien
- ☐ Färöer-Inseln
- ☐ Guernsey
- ☐ Israel
- ☐ Isle of Man
- ☐ Japan
- ☐ Jersey
- ☐ Kanada (nur für kommerzielle Organisationen)
- ☐ Neuseeland
- ☐ Republik Korea (Südkorea)
- ☐ Schweiz
- ☐ Uruguay
- ☐ Vereinigtes Königreich